

## »Offenkundige Abschlussshow«

### **Feuertod von Oury Jalloh: Experten zweifeln an Brandversuch in ominösem Institut. Staatsanwalt verweigert Auskunft**

Im Fall des 2005 im Dessauer Polizeirevier verbrannten Flüchtlings Oury Jalloh hatte die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau Mitte August mit einer Öffentlichkeitsoffensive überrascht: Medienvertreter wurden Zeuge eines Brandversuchs im sächsischen Dippoldiswalde/Schmiedeberg (siehe jW vom 20. August). Damit wollte Staatsanwalt Olaf Braun offenbar Kritikern begegnen, die seiner Behörde vorwerfen, seit Jahren trotz Indizien nicht nach einem Täter zu suchen. Nun mehren sich Ungereimtheiten rund um den Test.

Der Versuch werde in »Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Brand- und Löschforschung (IBLF) Schmiedeberg und dem Forensischen Institut Zürich« durchgeführt, heißt es in einer dreiseitigen »Pressemappe«. Diese war den Medienvertretern vor Ort ausgehändigt worden. Als Leiter des IBLF stellte Staatsanwalt Braun den Ingenieur Thorsten Prein vor. Dieser erteilte auch Fachauskünfte zum Ablauf. Laut Braun habe er nicht nur die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, sondern sich am Aufbau und der Durchführung der Brandexpertise unter Regie des Schweizer Sachverständigen Kurt Zollinger beteiligt.

Wer nach dem IBLF sucht, landet in Bergisch Gladbach (Nordrhein-Westfalen). Dort betreibt Prein ein »Büro für Brandschutz«. Auf seiner Webseite wird die Industriebranche in Schmiedeberg als besagtes »Institut« benannt. Ansonsten existiert davon weder ein Eintrag im Handelsregister noch eine Internetpräsenz. An dem in der »Pressemappe« angegebenen Standort sitzt allerdings laut Handelsregister das »Brandschutzzentrum Schmiedeberg UG«. Deren Geschäftsführer Dirrich Uhlhorn ist identisch mit dem Inhaber der Hansenebel GmbH mit Hauptstandort in Hoisdorf (Schleswig-Holstein). Hansenebel wirbt auf dem Schmiedeberger Gelände für sich. Unter der im Telefonbuch eingetragenen Firmennummer war am Mittwoch jedoch niemand erreichbar. Eine E-Mail-Anfrage blieb am Mittwoch unbeantwortet.

Der »Bundesvereinigung Fachplaner und Sachverständige für den vorbeugenden Brandschutz« (BFSB) ist das Brandschutzzentrum bekannt. Der Betreiber vermiete sein Areal an Dritte, etwa für Feuerwehrrübungen. Ihrem Fachverband gehöre auch Prein an, bestätigten zwei Mitglieder gegenüber jW. Allerdings sei Prein dort bereits »negativ ob seiner fachlichen Kompetenzen« aufgefallen. So hätten sich einige vorgebrachte Referenzen als »nicht nachvollziehbar« erwiesen. Ferner: »Seine Brandversuche waren teils so laienhaft, dass er manchen Städten kein Brandschutzkonzept mehr vorlegen darf«, sagte ein BFSB-Vorstandsmitglied. Ein ehemaliger Mitarbeiter Preins offenbarte, dieser habe regelmäßig Versuche von Studenten aufbauen lassen, »die noch nicht über das nötige Fachwissen verfügen konnten«.

Den Versuch zum Fall Jalloh hatten die Verbandsmitglieder in den Medien verfolgt und daraufhin jW kontaktiert. »Das, was im Fernsehen zu erkennen war, deutet auf absoluten Pfusch hin«, hieß es. Und: »Das konnte nicht funktionieren.« So war der Versuchsraum mit Rigipsplatten ausgekleidet. Die damalige Zelle war boden- und wandseitig gefliest. Die Matratze war, anders als im Original, kleiner, flacher und beschädigt, der Dummy mit luftiger Mineralwolle gefüllt und Teilen von Schweinehaut und -fett belegt. »Schweinekoteletts mit Alufolie so wie dort zu verwenden ist

unwissenschaftlich«, sagte ein Verbandsmitglied. Hinsichtlich des brisanten Falls sei das »ein Riesenskandal«.

Prein ließ auf Anfrage zum Versuchsaufbau und zu seinem »Institut« ausrichten, bis zum Donnerstag nicht antworten zu können. Der Schweizer Experte Zollinger erklärte, Verfahrensauskünfte seien »alleinige Aufgabe der Staatsanwaltschaft«. Verfahrensführer Braun will indes von der verkündeten »Transparenz« nichts mehr wissen. Auf jW-Anfrage zu Versuchskompetenzen und zum »Institut« meinte er nur: »Auf Ihre Fragen werden wir zu gegebener Zeit erforderlichenfalls zurückkommen.« Auf weiteres Nachhaken reagierte er nicht.

Die Anwältinnen von Jallohs Familie, Gabriele Heinecke und Beate Böhler, hatten zuvor die Staatsanwälte kritisiert. Entgegen der Absprache habe sie Behördenleiter Folker Bittmann erst drei Wochen vor dem Test über dessen Stattfinden informiert. »So konnten wir keine weiteren Experten, die mit dem Fall bereits zu tun hatten, mehr hinzuziehen«, so Böhler. Sie sprach von einer »offenkundigen Abschlussshow«.